

uniterre

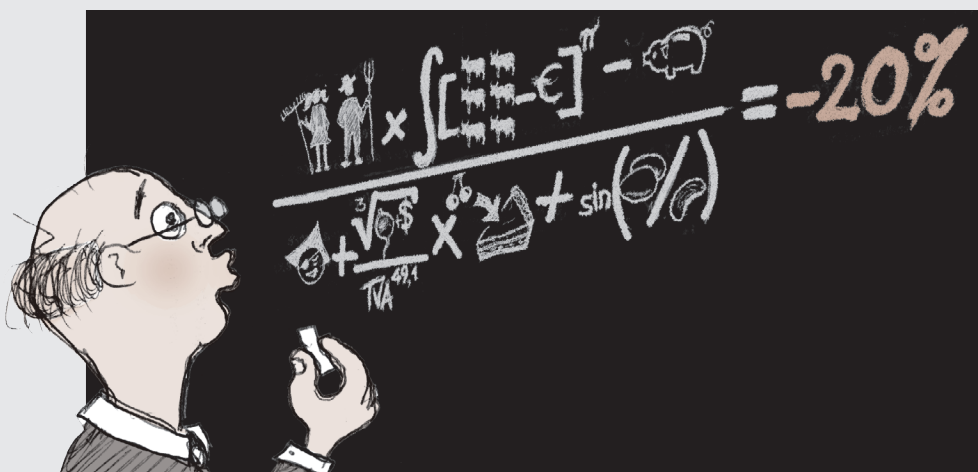
DIE UNABHÄNGIGE BÄUERLICHE ZEITUNG

Statistiken – machen die Welt nicht besser.

Winston Churchill soll einmal gesagt haben: «Ich glaube nur an Statistiken, die ich selber gefälscht habe.» Wir alle ziehen gerne Statistiken, Zahlenvergleiche, Studien heran, wenn etwas bewiesen oder eine These untermauert werden soll. Agroscope (Forschungsanstalt des Bundes) wurde schon im Jahr 2007 vom Bundesamt für Statistik gerüffelt und musste eine neue Methode für die Berechnung zur Einkommenssituation in der Landwirtschaft vorlegen. Bis anhin hatte man nur sogenannte Referenzbetriebe zur Berechnung der Durchschnittseinkommen der Bäuerinnen und Bauern benutzt, heute wird dieses über Zufallsstichproben ermittelt. Dadurch ergibt sich ein völlig anderes Bild. Bisher liegen die Ergebnisse für das Jahr 2014 vor, und wen wundert's? Der Verdienst pro Arbeitskraft liegt viel tiefer, als bisher errechnet. Er beträgt 42 000 Franken und liegt damit 21 Prozent unter den Werten nach der alten Messmethode.

(BernerZeitung 17.8.2016) «Begründet wird dies so: Erstens fallen die Verdienste generell etwas tiefer aus, was aber weitgehend mit buchhalterischen Änderungen zu erklären sei. Gravierender sei der zweite Faktor: Der Arbeitseinsatz der Bauern und Bäuerinnen sei markant höher als bisher vermutet. Im Durchschnitt sind 1,43 statt 1,22 Familienmitglieder im Vollzeitpensum für den Bauernbetrieb tätig. Das führe logischerweise dazu, dass der Verdienst pro Arbeitskraft kleiner ausfällt.» Dabei sind Löhne, die ausserhalb der Landwirtschaft erwirtschaftet wurden, nicht mit berücksichtigt. Das ist auch richtig so.

Anstatt sich nun aber für die jahrelang unausgewogen angelegte Berechnung zu entschuldigen, greifen einige Wissenschaftler und Ökonomen die Landwirtschaft frontal



an. Es wird dabei viel von Effizienz und Wirtschaftlichkeit gesprochen und Direktzahlungen an sogenannt unwirtschaftliche Betriebe werden lautstark in Frage gestellt. Markus Lips (Gruppenleiter Betriebswirtschaft bei Agroscope) will nun offensichtlich mit spektakulären Äusserungen von den gemachten Fehlern ablenken und wird in diversen Zeitungen (u.a. BernerZeitung) wie folgt zitiert: «Die neuen Zahlen werfen schwierige Fragen auf», sagt er. «Wie kann man die Landwirte unterstützen, damit sie ihre Effizienz verbessern können? Oder: Ist es moralisch zu rechtfertigen, dass der Staat mit den Direktzahlungen Bauernbetriebe am Leben erhält, die praktisch nichts abwerfen?»

Was meinen Ökonomen mit dem Wort «Effizienz»? Schnell wird klar; Die kleinen Höfe sollen endlich aufhören, damit die grossen Höfe grösser, sprich effizienter werden können. Grösse wird also mit Effizienz gleichgesetzt, was wissenschaftlich schlicht nicht haltbar ist. Interessant auch die Wortwahl «moralisch zu rechtfertigen»! Denn meistens kramen Ökonomen das Wort

«Moral» erst aus ihrem Sprachschatz, wenn ihnen die Argumente ausgehen. Und was heisst in diesem Zusammenhang «abwerfen»? Was wirft ein Betrieb mit hohem Einkommen ab, was ein anderer mit niedrigerem Einkommen? Einkommen ist wichtig, darf aber nicht als einziger Gradmesser für eine nachhaltige Landwirtschaft dienen. Wieder werden wir gegenseitig ausgespielt. Aber lassen wir uns nicht blenden, weder von Statistiken noch von diesen Äusserungen. Fragen wir uns lieber was dahinter steckt: Ich vermute, die Angriffe sind Teil der Kampagne neoliberaler Wirtschaftskreise gegen die bäuerliche Landwirtschaft und für die Freihandelsabkommen (TISA, CETA, TTIP u.a.) Übrigens: Laut Statistik des Wohlstandsberichts des Bundesrates (2014) lag das durchschnittliche Bruttoeinkommen in der Schweiz pro Haushalt bei 9565 Fr. Auch das ein statistischer Wert von dem die meisten Menschen in der Schweiz nur träumen können.

Ulrike Minkner
Uniterre Vize-Präsidentin



Agroscope

Welche Zukunft für Agrarforschung?

Seite 2



Fleisch

Analyse von C.-B. Bolay

Seite 3



TTIP/TiSA

Demo 8 Oktober Bern

Seiten 4-5



Offener Brief

an die Bio Suisse

Seite 7

Agroscope: Welche Zukunft für die Schweizer Agrarforschung?

Die brutale Entlassung von 24 Führungskräften bei Agroscope im April war nur eine Etappe in der Reorganisation von Agroscope. Wie Hr Lehmann sagt, war es unmöglich diesen Prozess 100% demokratisch durchzuführen, weil er sonst von Anfang an blockiert worden wäre. In dieser Reorganisation ist jedoch der Entscheidungsprozess eine Grundsatzfrage. Oder hat zum Beispiel der landwirtschaftliche Forschungsrat auch nur Alibifunktion und wie kann darin einer breitere Interessensvertretung zum Zuge kommen?

Leider muss befürchtet werden, dass der Abbau der landwirtschaftlichen Forschung damit nicht einhält. Ist dies erstaunlich angesichts der Tatsache dass Agroscope vom Bundesamt der Landwirtschaft (BLW) abhängt und dieses wiederum dem Departement für Wirtschaft, Forschung und Bildung untersteht? Es ist bekannt, dass dieses Departement sich mehr um gewisse Interessen des Finanzplatzes Schweiz, des Basler Industriens oder der Nestlé kümmert, als um Mittel um die bäuerliche Landwirtschaft zu verteidigen und zu entwickeln. Dass diese ganze Aufarbeitung der landwirtschaftlichen Forschung von der eidgenössischen Finanzkontrolle eingeläutet wurde, scheint offenbar auch auf der Ausarbeitung der strategischen Richtungszielen der Agrarforschung zu lasten.

Alle, auch das BLW sind sich einig, dass die Ernährungssysteme vor grossen Herausforderungen stehen. Es kann dabei auf den Abbau der klimaschädlichen Auswirkungen des Ernährungssystems, die Anpassung an die Folgen des Klimawandels, Pestizidreduktion, Einschränkung des Antibiotikaverbrauchs und die Verbesserung der Marktlage der Höfe unter effizienterer Nutzung der Ressourcen und die Verbesserung der Mehrwertschöpfung auf Produktionsebene verwiesen werden.

Dabei ist klar, dass für eine derartige Anstrengungen der Forschung bedeutende Mittel zugestellt werden müssen. Wie kommt es nun dass der Anteil der öffentlichen landwirtschaftlichen Forschung sinkt und dass Agroscope eine Fastenkur verabreicht wird? Die landwirtschaftliche Forschung auch wenn sie auf das gesamte Ernährungssystem ausgeweitet wird bleibt das bedürftige Kind der öffentlichen Forschung. Wenn von einem globalen Bundesforschungsbudget von ungefähr 4

Milliarden Franken pro Jahr ausgeht, so werden zirka 350 Millionen Franken für die Agrarforschung eingesetzt (einschliesslich ETH, Universitäten, FHS und Forschungsbetriebe). Agroscope hat im Moment nur ein Budget von 181 Millionen Franken, aber jährliche zusätzliche Abstriche von 7-8 Millionen sind eingeplant. Der Anteil privater Finanzierung an Forschungsprojekten beläuft sich dabei auf 12%. Angesichts der in den letzten Jahren gefällten Strategieentscheide und Entwicklung, liegt die Annahme auf der Hand, dass die Grundlagenforschung, die Investition in Technowissenschaft, sowie das Rennen um Publikationen in Fachzeitschriften, die auf die landwirtschaftliche Realität angewandte Forschung aushebeln wird.

Agroscope hat eine reichhaltige Geschichte mit Beiträgen an die schweizerische Landwirtschaftsproduktion und an der Wissenserweiterung sowie der Verbreitung von agronomischen Kenntnissen. Sowohl auf Ebene der Qualitäts- und Gesundheitskontrollen, als auch in der Pflanzenzüchtung haben ihre Erfolge zu ihrem Ansehen beigetragen. In der Pflanzenzüchtung sind es Getreide- und Futterpflanzenarten, neue Rebsorten für den Weinbau sowie Obst- und Gemüsesorten. Ganze Teile dieser Sortenforschung (zum Beispiel Obst- und Gemüsebau) sind schon aufgegeben worden. Trotzdem werden noch viele Forschungsprojekte in unterschiedlichen Gebieten gemacht. In letzter Zeit haben jedoch eine Folge umstrittener Projekte dieses Bild geschwärzt. Um einige davon zu zitieren: Die über Jahre dauernde Fehlerhebung der Buchhaltungsdaten zur Ermittlung des landwirtschaftlichen Einkommens; die Studie zu Umweltwirkungen welche kraftfutterbasierte Rindermast eine bessere Ökobilanz als Weidemast zuschreibt, Studi-

enauftrag von Micarna; die wissenschaftliche Begleitung der neuen Agrarpolitik 14-17 (Entkoppelung Produktion Direktzahlungen, Trennung zwischen landwirtschaftlicher Produktion und «Produktion von Ökologie, SAK Berechnungskriterien), Studien zur Koexistenz mit gentechnisch veränderten Organismen (NFP59).

Der Aufbau der Protected Site im Reckenholz würde ein ganzes Kapitel für sich beanspruchen, angesichts der Tatsache, dass dies in einem Land geschieht in dem Volk und Bauernstand gegen die Nutzung von gentechnisch veränderten Organismen auf den Feldern und auf dem Teller sind. Es ist klar dass da beschränkte Mittel völlig falsch eingesetzt werden und dass dieser sture Halten an einer Technik welche Bauern und Bevölkerung die Kontrolle über Saatgut entzieht nicht angebracht ist und die wissenschaftliche Neutralität in Frage stellt. Momentan werden Gentechexperimente mit Äpfeln (Resistenz Feuerbrand), Weizen (Rost und Proteinveränderung welche die Saccharoseabsorption steigert) und Kartoffeln (Mehltauresistenz) gemacht.

Viel allgemeiner muss die Frage zur Forschung im Zusammenhang mit dem Produktionssystem gestellt werden. Die Entwicklung bäuerlicher Landwirtschaft, von Ernährungssouveränität und Agroökologie braucht eine Demokratisierung der Forschung. In diesem Zusammenhang stehen die Aussagen von Hr Lehmann in einem ganz falschen Licht. Es gibt einen direkten Zusammenhang zwischen den von der Agrarwissenschaft erlangten Erkenntnissen und der industriellen Landwirtschaft. Die zugrundeliegende Philosophie ist, dass der Mensch die Natur beherrschen kann und muss, weil er sich nicht mehr als Teil davon fühlt. Dieser Glaube sagt uns, dass die Wissenschaft alles künstlich herstellen kann, was sie zerstört, wie zum Beispiel Bodenfruchtbarkeit, oder das Finden neuer Moleküle, wenn die alten auf Resistenzen prallen, oder den genetischen Code zu verändern damit Pflanzen Insektizid produzieren. Es braucht diese Forschung nur für die Ziele der industriellen Landwirtschaft. In den meisten Fällen hat die bäuerliche Landwirtschaft eigene Antworten auf die Schwierigkeiten und Probleme der Praxis.

Das Beispiel der in Frankreich verbotenen Brennesseljauche ist emblematisch. Biopiraterie ist ein Diebstahl biologischer Grundlagen, genetischer Ressourcen, aber auch von Wissen über den Gebrauch dieser Ressourcen. Die vom Staat in Szene gesetzte Deregulierung der Märkte berührt

diese Fragen: Wenn traditionelles Wissen einen ökonomischen Wert hat, ist es ein Handelsgut; es gehört in den privatrechtlichen Bereich und da es Besitzer gibt, kann und muss es dem Recht auf geistiges Eigentum unterliegen.

Die Zielsetzung und Arbeitsweise der konventionellen Forschung muss hinterfragt werden. Es braucht einen Paradigmenwechsel in der Wissensordnung, sowohl betreffend Inhalt, Bildung wie Weitergabe. Die Anerkennung traditionellen Wissens als wissenschaftliche Beiträge eigener Art würde unser eigenes Wissen nicht nur bereichern und es breiter abstützen, sondern auch Grundlagen und Wissenschaftsbetrieb hinterfragen. Unter diesen Voraussetzung wird moderne wissenschaftliche Erkenntnis nützlich. Die Agronomen und Landwirtschaftsberater welche im Rahmen der Agroökologie für nachhaltige Ernährungssysteme arbeiten, schreiten mit den Bauern zusammen vorwärts. Dazu braucht es eine Demokratisierung der Wissenschaft und einen respektvollen Dialog zwischen Bauern und Forschern. Rein technologische Lösung sind ungenügend, denn Wissenschaft ist ein Teil eines partizipativen Prozesses, in welchem Bauern und Bürger eine zentrale Rolle spielen. Statt passive Empfänger der Nebenwirkungen der Technologieentwicklung und Transfert zu sein bestimmen sie mit. Diese Strategien beinhalten eine Nahrungsproduktion welche den Planeten abkühlt, die Anpassung an Klimaveränderung mit sich trägt, die Entwicklung von partizipativen Formen von Wissensvermittlung und die Entwicklung von Netzen von Experimentierfeldern, die Anerkennung der zentralen Rolle der Frauen in der Agroökologie, Initiativen um die ruralen Regionen für die Jungen attraktiv zu machen, die Produzentenorganisationen und die lokalen Wirtschaftskreisläufe zu stärken, Allianzen zu bilden und für politische Rahmenbedingungen zu kämpfen, welche eine agroökologische Produktion und Konsum erlauben.

Eine Welt mit genug Nahrung für alle, von gesunden Menschen in einer gesunden Umwelt produziert. Die Menschen werden aktiv, weil sie in lokale Kreisläufe eingebunden sind und in ihrer individuellen Verantwortung gefördert werden. Wenn wir uns helfen, uns selber zu helfen werden wir den Ansatz zu einer Lösung Richtung nachhaltigem Ernährungssystem realisieren. Dazu soll die Agrarforschung ihren Teil beitragen.

Rudi Berli



Fleischmarkt: Analyse von Charles-Bernard Bolay, Züchter

«Schlaktkühe die nächsten Wochen zurückhalten, die Preise sind sehr tief...», so oder ähnlich hat die SMS gelautet, die zahlreiche Bauern im August erhalten haben. Auch Uniterre hat sie weitergeleitet. Für Charles-Bernard Bolay, Präsident von Uniterre, hätte der massive Preissturz vermieden oder gemildert werden können – nämlich mit einem gestaffelten Verkauf des Schlachtviehs über den ganzen Sommer und einer besseren Sömmerungsverwaltung. Interview.

Auf dem Fleischmarkt kam es zu einem massiven Preissturz, welches sind die Gründe dafür?

Das ist nichts Neues, der Preis von Schlachtvieh fluktuiert mit den Jahreszeiten. Im Frühling gehen die Kühe auf die Alp und die Preise für Schlaktkühe steigen, weil das Angebot sinkt, während die Nachfrage steigt. Am Ende des Sommers kommen die Kühe wieder hinunter und viele Produzenten wollen die Schlaktkühe verkaufen. Folglich steigt das Angebot, während die Nachfrage sinkt. Diesen Sommer war die Nachfrage besonders hoch und die Schweizer Bauern konnten nicht genug liefern. Das hat McDonald's ausgenutzt, um Fleisch aus Österreich zu importieren. Ich mag McDonald's und die Philosophie des schnellen Essens nicht, aber so ein Unternehmen muss auch mit gewissen Zwängen zurechtkommen, namentlich mit der Verwaltung grosser Fleischmengen. Eine Versorgungsunterbrechung können sie sich nicht leisten. Ein Bauer, der entschieden hat, seine Tiere in einen solchen Kanal zu verkaufen, muss sich dessen bewusst sein und sich entsprechend organisieren... oder aber einen anderen Verkaufskanal suchen.

Was verstehen Sie unter «entsprechend organisieren»?

Es ist nicht unbedingt notwendig, mit der ganzen Herde auf die Alp zu ziehen. Wenn man bereits entschieden hat, welche Kühe im Verlauf der Saison geschlachtet werden, kann man sie auch im Tal behalten und im Frühling oder Frühsommer zu hohen Preisen verkaufen. Da muss man nicht lange rechnen: ein hoher Schlachtpreis im Frühling ist einträglicher als ein tiefer Schlachtpreis Ende Sommer und der Mehrwert, den

man aus der Milch gewinnt, kann den Verlust des Fleischpreises bei Weitem nicht kompensieren. Eine geschlachtete Kuh trägt auch nicht zum Milchüberschuss im Herbst bei und erzeugt während der Sömmerung keine Kosten. Ausserdem ist es technisch auch möglich, die gesömmernte Herde optimal zu verwalten, damit man keine Sömmerungsbeiträge verliert.

Was bedeutet?

Jede Alp erhält einen Sömmerungsbeitrag ausgehend vom festgelegten Normalbesatz. Dieser Normalbesatz wird in Normalstössen angegeben; ein Normalstoss (NST) entspricht der Sömmerung einer Grossvieheinheit (GVE) während 100 Tagen. Die Alp, wo ich meine Tiere sömmere, hat 89 NST. Um den vollen Sömmerungsbeitrag zu erhalten, muss der Besatz der Alp Ende Sommer zwischen 70 und 110 % der Anzahl Normalstösse betragen. Um das zu erreichen, kann ich mit der Anzahl Tiere und der Anzahl Tage jonglieren. Wenn ich weniger GVE habe, lasse ich sie länger auf der Alp und umgekehrt. Der Besatz einer Alp wird direkt anhand der Tierverkehr-Datenbank (TVD) ausgerechnet. Jedes gesömmernte Tier wird in der TVD angegeben, also kann man den Besatz auf der Webseite jederzeit ausrechnen. Folglich kann man die Anzahl Tage und die Anzahl GVE beliebig anpassen, um die festgelegte Anzahl Normalstösse zu erreichen. Mit ein wenig Planung und Marktbeobachtung kann man die Tiere unter der Saison zu einem guten Preis verkaufen. Alpen, wo die Kühe gemolken und die Milch verkäst wird, haben auch eine festgelegte Anzahl NST und das System funktioniert ähnlich. Es ist also sehr gut möglich, die



Herde entsprechend zu verwalten und die Schlaktkühe gestaffelt zu verkaufen.

Sie sagen, dass wir es besser machen können?

Ja, das denke ich. Man muss den Markt im Auge behalten und im richtigen Moment handeln. Um zu überleben, müssen wir mehr können, als produzieren – nämlich auch verkaufen. Aus diesem Grund mache ich schon seit vielen Jahren Direktverkauf.

Die Preisfluktuationen beim Schweinefleisch sind noch viel komplexer, für mich geradezu unverständlich. Ich denke, das ist gewollt und von den grossen Akteuren der Branche gesteuert. Anders ist das gar nicht möglich. Die kennen die Produktionsspitzen, das Konsumverhalten und die vermarkteten Mengen schon lange. Zudem scheint mir, ist die ganze Produktionskette dermassen integriert, dass die wichtigen Zahlen schon lange bekannt sind (Anzahl Besamungen und Besamungszeitraum, Anzahl lebende Schweine, Tageszunahmen usw.). So sollte es doch möglich sein, den Markt anders zu organisieren und die Preise stabil zu halten – aber getan wird nichts dergleichen. Hinter den unsicheren Preisen steckt bestimmt Absicht! Das wäre ja auch keine neue Strategie, um die Preise zu drücken. Es wird aber problematisch, wenn diese grossen Akteure in der Hand von landwirtschaftlichen Genossenschaften sind. Auf der Webseite von Anicom (Fenaco Gruppe) steht zu lesen: «Anicom ist die Vermarktungsorganisation der Schweizer Bauern» und bezüglich der Schweine: «Die Anicom realisiert zusammen mit den Produzenten Produktionsprogramme und eine Mengenplanung, die den Anforderungen gerecht wird.» Da findet sich weder ein

Zielpreis noch ein Mehrwert noch eine Erklärung, um welche Anforderungen es eigentlich geht. Für mich ist aber klar: diese Anforderungen wurden nicht von den Produzenten festgelegt. Für eine landwirtschaftliche Genossenschaft, die im Verkauf arbeitet, ist so eine Haltung wirklich das Hinterletzte!

Ausgehend von dieser düsteren Situationsanalyse, wie handeln?

Selber verkaufen! So erhält man eine Ahnung der Preise und der Margen pro Kilo Fleisch. Wer wann immer möglich Direktverkauf macht, öffnet die Augen für die Realität.

Ich finde zudem, wir sollten unbedingt die Funktionsweise unserer landwirtschaftlichen Genossenschaften hinterfragen. Es geht ja nicht darum, sie abzuschaffen, aber wir müssen aktiver mitmachen und höhere Forderungen stellen. Die Vorstände müssen unsere Ziele kennen, die der Bauern. Das heisst, unsere Bauernvertreter in den Verwaltungsräten müssen den Druck von unten spüren. Sie wurden von Bauern gewählt, dafür sind sie ihnen Rechenschaft schuldig. Das ist das Mindeste.

Artikel 5 der Initiative für Ernährungssouveränität ist auch sehr wichtig. Er verbessert die Verhandlungsposition der Bauernfamilien und gibt ihren Forderungen mehr Gewicht. Für die Zukunft der Landwirtschaft ist er von zentraler Bedeutung. Es ist deshalb sehr wichtig, die Initiative zu unterstützen, damit sie vom Volk angenommen wird.

*das Gespräch führte Nicolas Bezençon
Übersetzung: Stefanie Schenk
Foto: Kurt Graf*

Artikel 5 der Initiative «Für Ernährungssouveränität. Landwirtschaft betrifft uns alle.»



5. Er [der Bund] nimmt namentlich folgende Aufgaben wahr:

- Er unterstützt die Schaffung bäuerlicher Organisationen, die darauf ausgerichtet sind sicherzustellen, dass das Angebot von Seiten der Bäuerinnen und Bauern und die Bedürfnisse der Bevölkerung aufeinander abgestimmt sind.
- Er gewährleistet die Transparenz auf dem Markt und wirkt darauf hin, dass in allen Produktionszweigen und -ketten gerechte Preise festgelegt werden.
- Er stärkt den direkten Handel zwischen den Bäuerinnen und Bauern und den Konsumentinnen und Konsumenten sowie die regionalen Verarbeitungs-, Lagerungs- und Vermarktungsstrukturen.

Was ist TTIP?

Das Transatlantische Freihandels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) soll vor allem eins bringen: Freie Bahn für Konzerne. Die Schweiz kann nicht an den Verhandlungen teilnehmen, will aber als Drittstaat dem TTIP beitreten. Das Seco steht bereits in Gesprächen. Durch dieses Freihandelsabkommen soll die grösste Freihandelszone der Welt (Tafta) entstehen. Traditionell dienen Freihandelsabkommen dazu, Handelsschranken wie Zölle abzubauen. Doch in diesem Bereich ist zwischen der EU und den USA nicht mehr viel zu holen: Die Zölle sind schon sehr tief. Darum konzentrieren sich die TTIP-Verhandlungen auf sogenannte « nichttarifäre Handelshemmnisse » (wie Standards, Verpackungsvorschriften, Zulassung- und Importbeschränkungen). Das TTIP geht jedoch viel weiter: In Zukunft sollen Gesetze transatlantisch aufeinander abgestimmt werden. Das betrifft nicht nur Nahrung und Industrieprodukte, sondern auch Arbeitsrechte, Gesundheit, Datenschutz oder Umwelt- und Klimaschutz. Konzerne bekommen sehr weitreichende Rechte, juristisch gegen Staaten vorzugehen, wenn deren Politik ihre zukünftigen Gewinne schmälert. Derartige Investitionsschutzabkommen gibt es bereits. In solchen Verfahren haben nur Unternehmen ein Klagerecht, Staaten nicht. Das führt dazu, dass Staaten aus Angst vor Verfahren Gesetze gar nicht erst einführen. Sollte ein Parlament Gesetze beschließen, einen Mindestlohn beispielsweise oder eine Umweltauflage, die geeignet wären, die Gewinnerwartung des Investors zu schmälern, müsste der betreffende Staat dem Investor den entgangenen Profit ersetzen. Das berühmte unternehmerische Wagnis, wird auf die Gesellschaft abgewälzt, wie es die Banken in der Finanzkrise getan haben. Zu den derzeit 185 hängigen Klagen gehören z.B. die Klagen des schwedischen Vattenfall-Konzerns gegen Deutschland (Grund: Atomausstieg und Stilllegung von zwei AKWs, beansprucht: rund vier Milliarden Euro) oder die Klage des US-Unternehmens Lone Pipe gegen Kanada (Fracking-Moratorium in Quebec, 250 Millionen US-Dollar).

Quelle: Wochenzeitung und Lore Wallach

Was ist TiSA?

TiSA steht für « Trade in Services Agreement ». Es handelt sich um ein « Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen ». Daran sind neben der Schweiz die USA, die EU und zwanzig weitere Länder beteiligt sind. Die Verhandlungen haben im Frühjahr 2012 begonnen und sollen schon in diesem Jahr abgeschlossen werden. Ein Indiz dafür ist, dass bereits auf Ministerebene verhandelt wird. Die Schweiz spielt eine sehr aktive Rolle in diesen Verhandlungen. Das Seco, also die Schweiz, verhandelt zurzeit in einer « Koalition der Willigen » an diesem Abkommen. Problematische Aspekte des TISA sind in erster Linie die beabsichtigte Liberalisierung von diversen Bereichen des Service public (Spitäler, Eisenbahn, Bildung, Energie, bis hin zum Theater etc.), also alles was wir zum Leben brauchen. Auch Staatsbetriebe wären von dieser Praxis nicht ausgeschlossen. Das Seco weigert sich das Mandat offen zu legen, die Öffentlichkeit ist ausgeschlossen, während die Privatwirtschaft eingezogen wurde. Alle Dienstleistungen sollen zur internationalen Handelsware gemacht werden. Die Kantone würden dann verpflichtet, international tätige Privatspitäler auf die ihre Spitalisten zu setzen und wir würden von unseren Krankenkassen verpflichtet werden können, das billigste Angebot für eine Behandlung (ev. auch im Ausland) wahrzunehmen. Diese Liberalisierung vom Handel mit Dienstleistungen begrenzt nationalen politischen Handlungsspielraum. TiSA kann zum Beispiel die Bemühungen Dienstleistungen zu rekommunalisieren, völlig lahmlegen. Auch das Parlament kann erst nach Abschluss der Verhandlungen entweder das Abkommen abnicken oder es ablehnen.

Quelle: Woz, Wochenzeitung

TTIP/TISA BODIGEN!



TTIP wird Bäuerinnen und Bauern

Seit bekanntwerden der Verhandlungen im 2013 zu TTIP (Transatlantische Freihandels- und Investitionsabkommen) mit dem Bündnis TTIP unfairhandelbar (TTIPf) zu den stärksten aktuellen Bewegungen in Deutschland. Am 17. September

Von einer schrankenlosen Öffnung für den Freihandel wären auch die Bäuerinnen und Bauern in der Schweiz « am Härtesten » betroffen. Gemäss einer Studie der Hochschule für Agrar-, Forst und Lebensmittelwissenschaften (HAFL)* würde der Weizenpreis um 44%, der Schweinepreis um 42%, der Rindfleischpreis um 27% sowie der Preis für Geflügel um 29% einbrechen. Durch billigere Futtermittel würde allerdings zumindest eine teilweise Kompensation der Wertschöpfungsverluste aufgefangen, heisst es weiter. Der Wohlfahrtsverlust würde 587 Millionen jährlich betragen. Im Durchschnitt der 53 232 Schweizer Landwirtschaftsbetriebe hiesse das pro Betrieb jährlich einen Verlust von 11 027 Franken jährlich. Trotzdem hoffen Vertreter der Käse- und Fleischindustrie sowie der Schweizerische Bauernverband sowie Bio Suisse im Falle eines Beitritts der Schweiz zum TTIP auf positive Auswirkungen auf den Export und sind verhalten optimistisch.

Ein Interview mit Georg Janssen (Bundesgeschäftsführer der AbL).

Warum müssen wir uns als bäuerliche Interessenvertretung gegen TTIP und CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) wehren?

Georg Janssen: In der Auseinandersetzung in den geplanten Freihandelsabkommen geht es aus bäuerlicher Sicht um die Frage, ob internationale Agrarkonzerne oder die Zivilgesellschaft über die Zukunft unserer Lebensgrundlagen entscheiden. Wenn bei TTIP und CETA ein massiver Abbau der Zölle vorgesehen ist, bedeutet dies z.B. Marktzugang für noch mehr Milch und Fleisch auf den schon vorhandenen europäischen Überschussmärkten. Die Folgen wären ein massiver Preisverfall und wir Bäuerinnen und Bauern würden zu austauschbaren Rohstofflieferanten weltweit. Zudem würde der Druck auf die Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in den ärmeren Ländern in dieser Welt zunehmen. Wir müssen ebenfalls das in Europa vorherrschende « Vorsorgeprinzip » verteidigen, sonst riskieren wir eine Harmonisierung der Erzeugungsstandards, die z.B. der Gentechnik auf dem Acker und im Stall Tür und Tor öffnet, wie es die US-Verhandlungsdelegation und die Gentechikkonzerne fordern.

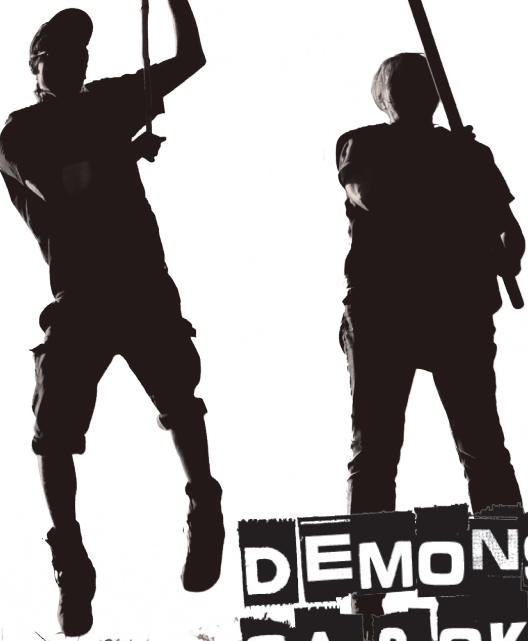
Welche Erfolge hat die Bewegung in Deutschland und europaweit vorzuweisen?

Georg Janssen: Bei Gründung dieser kritischen Bewegungen vor drei Jahren hatten wir uns als Mindestziel vorgenommen,

Uniterre und die Initiative für Ernährungssouveränität mobilisieren mit einem breiten Bündnis zur Grossdemonstration gegen TTIP/TiSA & Co.

am Samstag, 8. Oktober 2016 um 15 Uhr auf den Bundesplatz in Bern.

Ernährungssouveränität statt Freihandel



**DEMONSTRATION
SA, 8. OKTOBER, 15 H
BUNDESPLATZ, BERN**

Bauern hart treffen

Freihandels- und Investitions Partnerschaft) nimmt die Arbeitsgemeinschaft eine tragende Rolle des Protestes ein. Mittlerweile gehört die Opposition über 2016 demonstrieren wieder Hunderttausende in 7 Städten.

die Öffentlichkeit über TTIP und CETA zu informieren. Es kann nicht angehen, dass hinter verschlossenen Türen und in strenger Geheimhaltung vor der Zivilgesellschaft so weitreichende Abkommen beschlossen werden. In einer groß angelegten Informationskampagne sowohl in Europa als auch gerade in Deutschland haben wir es geschafft, TTIP und CETA auf die politische Tagesordnung zu setzen. Hunderttausende von Menschen gehen mittlerweile für einen gerechten Welthandel und für den Stopp von TTIP und CETA auf die Straße. Demokratie statt Konzernmacht und für ein Europa der Regionen sind grundlegende, inhaltliche Triebfedern in diesem Protest.

Wie wirkt sich die Bewegung auf die Forderungen der AbL aus? Bezüglich Öffentlichkeitswahrnehmung und Informationsfluss gegenüber der Bäuerinnen und Bauern?

Georg Janssen: Seit drei Jahren organisiert die AbL zusammen mit anderen kritischen Verbänden Informationsveranstaltungen in den ländlichen Regionen. In den Kundgebungen und Aktionen zur katastrophalen Milchpreiskrise spielt auch mittlerweile das Thema Freihandelsabkommen eine wichtige Rolle. Die AbL fordert eine Qualitätsoffensive statt Agrarexportdumping. Mit der klaren Haltung der AbL gegen diese Freihandelsabkommen unterscheiden wir uns deutlich von der wankelmütigen Haltung der europäischen Bauernverbände (COPA) und der massiven Einflussnahme seitens der Agrarindustrie für den konzernfreundlichen Abschluss der Frei-

handelsabkommen. In einer Umfrage 2016 des größten Agrarmagazins in Deutschland unterstützten über 70% der Berufskollegen unsere Position.

Wie gross sind die Chancen das TTIP doch noch gekippt wird und was wenn nicht?

Georg Janssen: Unsere Bewegung warnt davor, TTIP als ein «totgerittenes Pferd» zu betrachten, wie das einige namhafte Politiker in Deutschland zur Zeit tun, nur um dem Protest ein bisschen Wind aus den Segeln zu nehmen und gleichzeitig alles tun, um das CETA-Abkommen durchzusetzen. TTIP wird spätestens nach den US-Präsidentenwahlen wieder auf der Tagesordnung stehen. Deshalb ist es so wichtig, dass das CETA-Abkommen nicht vorläufig in Kraft gesetzt wird, um als industriefreundliche Steilvorlage für das TTIP-Abkommen zu wirken. Wir bleiben dran!

Das Gespräch führte Mathias Stalder

* Die von Migros, Nestlé und Economiesuisse und der Freihandels-freundlichen Interessengemeinschaft Agrarstandort Schweiz (IGAS) in Auftrag gegebene Studie «Auswirkungen einer breiten Marktöffnung auf die schweizerische Land- und Ernährungswirtschaft» mit 202 Seiten sind auf der Homepage www.igas-cisa.ch abrufbar. Mitglieder von IGAS sind übrigens auch IP Suisse, Bio Suisse, Suissepores und Mutterkuh Schweiz.

Weitere Informationen unter:

www.ttip-unfairhandelbar.de

10 gute Gründe TTIP zu stoppen!

1. Grund: Die US-Fleischverarbeitungsindustrie möchte die EU dazu drängen, ihr Fleisch zur Abtötung schädlicher Bakterien mit Chemikalien zu behandeln - und zwar mit dem Einsatz von Chlor bei Geflügel und anderer organischer Säuren (beispielsweise bei Schweinefleisch).

2. Grund: Die US-amerikanische Fleischindustrie möchte das Nutzungsverbot für Antibiotika als Wachstumsförderer aufheben. Achtzig Prozent der in den USA verkauften Antibiotika werden im Bereich der Tierhaltung verabreicht, einschließlich deren Nutzung als Wachstumsförderer.

3. Grund: Die US-Fleischindustrie möchte, dass die EU ihr Ractopamin-Verbot zurückzieht. Hierbei handelt es sich um ein Medikament, das im Bereich der Asthma-Behandlung gescheitert ist und nun bei Tieren als Wachstumshormon verabreicht wird. Ractopamin ist in vielen Ländern aufgrund seiner grausamen Auswirkungen auf die Tiergesundheit verboten. Es schüttet Stresshormone aus, kann die Tiere in enorme Stresssituationen versetzen und bis zum Tode führen.

4. Grund: Die Getreideindustrie der USA möchte, dass Zulassungen für neue GVO- Saatgutsorten die für Futtermittel in der EU genutzt werden, schneller erteilt werden.

5. Grund: Die US-amerikanische Fleisch- und Getreideindustrie verfolgt das Ziel, dass die EU- Beschränkungen für tierische Nebenerzeugnisse und Tiernahrung aufgehoben werden. Tierische Nebenerzeugnisse in Futtermitteln haben zu schwerwiegenden Ausbrüchen von Tierkrankheiten, wie beispielsweise BSE geführt und damit enorme wirtschaftliche Verluste bei den Herstellern sowie ein steigendes Risiko von Infektionen bei Mensch und Tier verursacht.

6. Grund: Die EU möchte Beschränkungen für Fleisch, welches aus den Nachkommen geklonter Tiere produziert wurde, durchsetzen. Die Fleisch- und Molkereindustrie der USA sind gegen solche Beschränkungen.

7. Grund: Die Fleisch- und Molkereindustrie der USA streben die Schwächung von Tierschutz-Vorschriften in der EU an, welche sie als «Handelsbarrieren» bezeichnen.

8. Grund: Die US-Fleischindustrie möchte europäische Zölle auf unverhältnismäßig billige Schweinefleischprodukte, tiefgefrorene Geflügelteile sowie Molkereiprodukte aufheben.

9. Grund: Die US-amerikanische Agrarindustrie würde das TTIP-Abkommen gern dazu nutzen, um das «Vorsorgeprinzip» der EU, zu untergraben. In der EU müssen Unternehmen vor der Zulassung ihrer Produkte und Verfahren nachweisen, dass diese unschädlich sind; sieht die Behörde ein Risiko, verhindert sie vorsorgend die Zulassung. Sie möchten, dass die EU die Lebensmittelsicherheitsstandards der USA als gleichwertig anerkennt, so dass EU-Standards für Tierschutz oder sogar für «neu auftretende oder nicht vorhersehbare technologische Entwicklungen» nicht genutzt werden können, um US-Exporte zu blockieren.

10. Grund: Die Agrarindustrie und einige Kongressabgeordnete drängen zur Einführung von Lebensmittelsicherheitsregelungen bei TTIP, welche über die WTO-Regelungen hinausgehen. Dies könnte zur Folge haben, dass die US-Regierung die EU direkt hinsichtlich der Implementierung jeglicher Art von Abkommen im Zuge der TTIP-Verhandlungen zur Lebensmittelsicherheit verklagen könnte, sogar ohne die begrenzten Verfahrensweisen oder Schutzmaßnahmen der WTO.

Wenn wir auch in Zukunft im Supermarkt weder Hormonfleisch noch genveränderte Lebensmittel ohne Kennzeichnung untergeschoben bekommen wollen, müssen wir jetzt aktiv werden. Ob es um Datenschutz, Sicherheit am Arbeitsplatz, die Zulassung gefährlicher Chemikalien oder Kulturförderung geht, überall stellt der sogenannte Freihandel Profitinteressen der größten Unternehmen über den Schutz, die Gesundheit und die Interessen der Menschen.

Quelle: gekürzte Fassung Shefali Sharma der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)

NATIONAL

Solidarische Landwirtschaft - ein Besuch

Die sich in Gründung befindende Uniterre-Sektion Bern besuchte am Samstag, 27. August die Solidarische Landwirtschaft «radiesli» in Worb.

Während der 1 1/2 stündigen Hof-führung erklärten die Gemüsebauerin Marion Salzmann sowie der Betriebsbauer Niculin Töndury den Hof. Grosse Herausforderungen stehen an: Was vor 5 Jahren als vertragslandwirtschaftliches Gemüseanbau-Projekt auf einer halben Hektare gestartet ist, soll nun auf den ganzen Hof ausgeweitet werden, im Ganzen 10 ha Ackerland und 3 ha Wald. Der Verein möchte in Zukunft möglichst alles, was auf dem Hof produziert wird, solidarisch tragen. Das Abo-Angebot soll mit Fleisch, Eiern, Getreide und Obst bereichert werden. Auch neue Abos werden von Grund auf anders durchdacht. So soll z.B. nicht der marktübliche Eierpreis massgebend sein, sondern vielmehr die Fragen: Was wollen wir für Hühner halten und wie? Was kostet das? Wieviel kostet es, die Hühner zu halten? Was geschieht mit alten Hühnern und Hähnchen? Und daraus wird dann die Form des Abos und der Preis errechnet.

Nebst neuen Ideen stehen auch die Umstellung auf Bio, der Bau eines Freilaufstalles für zukünftig 10 Mutterkühe und ein neues Kühllager für das Gemüse auf dem Programm. Die Investitionen sollen vor allem über Darlehen der Vereinsmitglieder gedeckt werden. Der Verein war es nämlich auch, der die Betriebs- und Hofgruppe ermutigte, den Hof zu übernehmen. Die engagierte Gemeinschaft von rund 300 Menschen, die bis anhin Gemüse bezog, kennt den Hof gut, da zum Gemüseabo auch acht Halbtage Mitarbeit gehören. Damit können die 110 Stellenprozente für den Gemüseanbau nochmals um 110% Freiwilligenarbeit ergänzt werden. Das Prinzip der Mitarbeit soll auch weiterhin beibehalten werden, da es die Grundlage für gegenseitiges Verständnis (Produzierende/Konsumierende) und Entscheidungen ist.

Die knapp 10 TeilnehmerInnen diskutierten beim anschliessenden Apéro

engagiert über die Landwirtschaft, unsere Initiative und die Notwendigkeit Alternativen aufzubauen.

Mathias Stalder



OFFENER BRIEF

Offener Brief an die Bio Suisse

Laut der Studie von Igas wären bei einem trilateralen Freihandelsabkommen Schweiz-EU-USA (TTIP) die Verluste für Schweizer Bauern mit jährlich 587 Millionen zwar enorm, aber laut ihrer Einschätzung nicht existenzbedrohend. Bei der Igas sind neben Nestlé, Migros und Economiesuisse auch diverse bäuerliche Organisationen wie IP-Suisse, Bio-Suisse, Suisseporcs und Mutterkuh Schweiz Mitglied. Viele dieser Organisationen, auch Bio Suisse, fordern nun begleitende Massnahmen für das Freihandelsabkommen, wie Kompensationen der hohen Baukosten und Löhne, Grenzschutz etc. Wir sind der Meinung, dass das nicht reicht.

Auf die Frage, was Bio Suisse namentlich zu einem noch grösseren Importanteil von Bio-Getreide meint, äussert sich Lukas Inderfurth, Mediensprecher von Bio Suisse, im Schweizer Bauer vom 27.8.2016 wie folgt: «Bei TTIP werden besonders sensible Produkte Grenzschutz geniessen, und wir sehen keinen Grund, weshalb dieser ausgerechnet beim Getreide aufgehoben werden sollte. Zudem sehen wir es auch als Chance, dass das Bio-Sortiment durch Importe erweitert und damit Bio für noch mehr Kunden attraktiv wird.»

Diese Sichtweise erstaunt uns sehr. Wen hofiert da die Bio Suisse? Es

ist kein Geheimnis, dass der Handel profitieren wird, gleichzeitig aber die Bäuerinnen und Bauern am härtesten betroffen sein werden. Mehr und hauptsächlich billigere Lebensmittel – auch Bioprodukte – werden die Inlandproduktion massiv unter Druck setzen.

Uns ist klar: Umweltschutz und mehr Freihandel lassen sich nicht vereinbaren. Weiterer Konkurrenzdruck in der Landwirtschaft wird unweigerlich auf Kosten der Umwelt, der Tiere, der Menschen und der Lebensmittelqualität gehen- hier und weltweit - und damit wird der Biogedanke verraten.

Beispiele - was auf dem Spiel steht:

- Regionalität: Die USA erkennen geografische Angaben gesetzlich nicht an. Die EU plädiert hingegen für ein eigenständiges staatlich gesteuertes Schutzsystem für geografische Angaben.

- Produzentenpreise: Diese werden durch das TTIP-Abkommen noch massiver unter Druck kommen. Selbst das US-Landwirtschaftsministerium prognostiziert sinkende Erzeugerpreise für die EU-Bäuerinnen und Bauern. Gemäss oben erwähnter Igas-Studie wird in der Schweiz der Weizenpreis um 44%, der Schweinepreis um 42%, der Rindfleischpreis um 27% sowie der Preis für Geflügel um 29% einbrechen.

- Generell wird von Seiten der USA ein enormer Druck aufgebaut, um Standards anzugleichen, resp. in ihrem Sinne aufzuweichen. (z.B. bezüglich Hormonfleisch, GVO, Pestizide, Desinfektionsmittel etc.)

Wir fordern eine klare Position von Bio Suisse gegen solche Mega-Freihandelsabkommen und einen klaren Blick über den Bio-Tellerrand hinaus, denn die gesamte Landwirtschaft ist betroffen und das sollte uns nicht egal sein! Nun haben es die Delegierten in der Hand, die Bio Suisse in die (Handels-)Schranken zu weisen.

Unterzeichnerinnen: Biobäuerinnen und Angestellte in der Landwirtschaft:

- Eveline Buchwalder,
- Regula Imperatori,
- Elsbeth Arnold,
- Eva Schöni,
- Monika Gerlach,
- Donata Clopath,
- Rahel Kilchsperger,
- Ulrike Minkner,
- Tabea Mürger,
- Berthe Darras,
- Wendy Peter,
- Christine Hürlimann,
- Stefanie Schenk



NATIONAL

Wer nicht gefeiert wird, muss sich selber feiern..

Feier der Agrarallianz des 20-Jahr Jubiläums des Verfassungsartikel zur Landwirtschaft.

Nun hat die Agrarallianz also gefeiert, allerdings hauptsächlich sich selber. Wir Bäuerinnen und Bauern haben keinen Grund zu feiern, denn wir erleben in der tag-täglichen Praxis etwas ganz anderes. Wir erleben den Niedergang der bäuerlichen Landwirtschaft weltweit und zunehmend auch in der Schweiz.

Das Festtags-Dossier der Agrarallianz lässt sich auf folgende Kernaussage zusammenfassen: Keine Markteingriffe – mehr Freihandel. Aber wo läge dann der Erfolge der Agrarpolitik? Etwa höhere Einkommen und faire Preise, keinerlei Überproduktion und dafür mehr ressourcenschonende Landwirtschaft? Nichts davon wurde durch die aktuelle und vergangene Agrarpolitik erreicht! Die Einkommen sinken und nur die Direktzahlungen retten viele LandwirtInnen knapp vor dem sicheren Untergang. Und da sollen wir uns einer Strategie anschliessen, die uns die Agrarallianz mit ihren grossen orangen Riesen an der Seite als Erfolgsstory verkaufen will? Für mich verkommen viele Funktionäre der Agrarallianz damit zu Steigbügelhalter der neoliberalen Ideologie von Bundesrat Schneider-Ammann. Denn wer meint Qualitätsprodukte seien zu Weltmarktpreisen

zu haben und deshalb den Freihandel mit Nahrungsmitteln befürwortet, wird keine Probleme in der Landwirtschaft- und Ernährungspolitik nachhaltig lösen, hier nicht und weltweit nicht.

Die einen streuen Puderzucker über ihren Festtagskuchen. Uniterre aber stellt mit der Initiative für Ernährungssouveränität konkrete Lösungen zur Diskussion, eine Diskussion die bitter nötig und dringend ist. Die Agrarallianz betreibt Schaumschlägerei, wenn sie die Agrarpolitik als Erfolg feiert und balgt sich damit mit anderen Verbänden rechthaberisch um die Kompetenzhoheit in Agrarfragen. Sie provoziert damit einen Kampf in dem die Bäuerinnen und Bauern gegen einander ausgespielt werden und ganz gewiss unter die Räder kommen. Wir erwarten deshalb von den Mitgliedern der Agrarallianz, dass sie sich den Forderungen der Initiative für

Ernährungssouveränität stellen. Bisher wurde einzig festgestellt, dass eine Mengensteuerung nicht in Frage käme.

Die Situation der Bäuerinnen und Bauern – hier und weltweit - wird aber nicht durch aufgezwungene Produktionskostensenkung bei den Bauern mit grösseren Betrieben und noch höheren Direktzahlungen, noch durch eine bis heute nebulös gebliebene Qualitätsstrategie gelöst werden, sondern nur durch ein radikales Umdenken in der Agrarpolitik. Hier geben wir Denkanstösse zu Lösungen, die von la Via Campesina weltweit eingefordert werden. Uniterre wird vorgeworfen, wir würden mit unserer Initiative für Ernährungssouveränität viel vom Bund fordern. Richtig! Wir erwarten, dass der Staat sich nicht immer weiter aus seiner Verantwortung stiehlt, wir erwarten, dass unsere Regierung ihre Pflichten wahrnimmt und zwar weniger

für grosse Multis, als vielmehr für die Menschen in diesem Land.

Freihandel ist nicht gottgegeben, sondern ein Konzept, das den Konzernen immer mehr Macht gibt, den Staat zur Marionette verkommen lässt, wenige Grossgewinnler und dafür umso mehr Verlierer erzeugt; Nämlich die KonsumentInnen, Bauern und Bäuerinnen, die Umwelt und die Tiere! Dessen ungeachtet stützt die Agrarallianz diesen neoliberalen Freihandelskurs. Dabei gehören ihr Bio- und IP-Suisse, Konsumenten-, Tier- und Naturschutzorganisationen an. Ob diesen Mitgliedern bewusst ist, dass ihre Funktionäre in der Agrarallianz gerade drauf und dran sind, der bäuerlichen, naturnahen und tierfreundlichen Landwirtschaft den Todesstoss zu versetzen?

Ulrike Minkner

WETTBEWERB

Wir verschenken ein goldenes Ei, und ein faules Ei!



Das goldene Ei geht diesmal an Hansuli Huber vom Schweizer Tierschutz. Er setzt sich nicht nur für das Tierwohl ein, sondern fordert gleichzeitig 1 Franken pro Liter Milch für die Bauern «Es habe sich gezeigt, dass tatsächlich 82 Prozent der Konsumenten bereit wären, zwei Franken für die Milch zu bezahlen, wenn sie wüssten, dass die 50 zusätzlichen Rappen dem Bauern zugute kämen unter der Voraussetzung von fleissigem Weidegang und Auslauf fürs Rindvieh»

Das faule Ei vergeben wir an die Fleischlobby, welche uns mit einem Preisabschlag von 1 Franken pro Kilo Kuhfleisch abzockt. Sie nutzt die allgemeine Destabilisierung auf dem Markt und bedroht damit zusätzlich die Existenz unserer Betriebe. Wir fordern deshalb: Kein Machtmissbrauch – Ernährungssouveränität jetzt!

Gerne nehmen wir weiterhin Vorschläge für die Vergabe von goldenen und faulen Eiern entgegen. u.minkner@uniterre.ch Stichwort „Eierfeier“

MILCHMENGENREGULIERUNG

Mengenregulierung nach kanadischem Vorbild

Der Präsident des kanadischen Bauernverbandes hat sich Ende Juli mit einem Brief an EU-Agrarkommissar Phil Hogan gewandt: Jan Slomp ermutigt den Agrarkommissar, in Europa ein Mengenregulierungssystem nach kanadischem Vorbild zu installieren, um die Krise der europäischen Milcherzeuger zu beenden.

« Wir fühlen mit den europäischen Bauern. Die Elterngeneration unserer Milchbauern ging durch ähnlich harte Zeiten in der Mitte des 20. Jahrhunderts » so Slomp. Als Lösung schlägt er das Mengenmanagementsystem vor, das von kanadischen Landwirten und Politikern entwickelt wurde und sich die letzten 50 Jahre gut bewährt hat. Die kanadische Angebotssteuerung schütze die Interessen der Milcherzeuger, Verarbeiter und Konsumenten ohne die öffentliche Hand zu belasten. Die Milchbauern erhalten kostendeckende Milchpreise, die Milchverarbeiter haben Liefersicherheit zu vorhersehbareren Preisen. Die Konsumenten bekommen ihrerseits hohe Produktqualität und kennen keine Kapazitätsengpässe. Das Modell komme zudem ohne staatliche Subventionen aus.

kostendeckende Preispolitik. Die Bauern müssen eine verbindliche, an die Nachfrage angepasste, Produktion akzeptieren. Dem kanadischen Milchsektor geht es gut; durchschnittliche Herdengrößen wirken sich positiv auf die Umwelt und das Tierwohl aus. Neben dem wirtschaftlichen Beitrag unterstützt die Milchmengensteuerung die Beschäftigung im ländlichen Raum, die Lebensqualität und den sozialen Zusammenhalt.

Quelle: Regina Reiterer, EMB



Laut Slomp beruht das kanadische Modell auf drei Pfeilern: Importkontrollen, Produktionsdisziplin und



TTIP/TISA BODIGEN!

DEMONSTRATION SA, 8. OKTOBER, 15 H BUNDESPLATZ, BERN

ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT STATT FREIHANDEL

Bäuerinnen- und Bauerngewerkschaft
www.uniterre.ch – www.ernaehrungssouveraenitaet.ch

uniterre Initiative
www.ernaehrungssouveraenitaet.ch

SEKTIONEN

Sam 5 November 15:00-18:00
Sektionsgründung
UNITERRE Bern
Restaurant Bären, Bernstrasse 25,
Ostermundigen

Mitt 9 November 19:00
Sektionsgründung
UNITERRE Aargau
auf dem Hof von Fabio Tanner,
Altenberg 307, Wölflinswil
Anmeldung an: m.stalder@uniterre.ch

Alle Informationen auf unserer Website:
www.uniterre.ch
unter **Agenda**

IBAN UNITERRE
SPENDEN:
CH17 8012 3000 0028 4966 7
MITGLIED WERDEN:
CH50 8012 3000 0028 4965 5
Bankverbindung:
Banque Raiffeisen Basse Broye Vully
CCP de la Raiffeisen 17-6872-4
CB 80123
Uniterre
p.a Claude Mudry
Bellevaud 50
2518 Nods

AGENDA

30 Sept-3 Okt
Wir haben es satt!
Landwirtschaft Macht Essen
Berlin | Emmaus-Kirche | Lausitzer-
Platz 8a

Sam 8 Oktober 15:00
Demonstration gegen TTIP,
TISA & Co.
Bern, Bundesplatz

14-16 Oktober
International Monsanto
Tribunal
Den Haag

Sonn 16 Oktober 17:00-21:00
Ernährung geht uns alle an
Heiliggeistkirche, Bern

Mon 17 Oktober 19:00
Wie unser Essen jenseits
der Wachstumszwänge auf
unsere Teller kommt
Käfigturm, Marktgasse 67, Bern

26-30 Oktober
Zweites Europäisches
Nyeléni-Forum
Cluj / Rumänien

Dien 15 November 19:00-21:00
Solidarische Landwirtschaft
als Alternative, Referentin:
Bettina Dyttrich, Journalistin
und Buchautorin
Käfigturm, Marktgasse 67, Bern

Mitt 23 November 19:00-
21:00
Ernährungssouveränität -
Bern: Regiokomitee Sitzung
Brasserie Lorraine, Säali 1. Stock,
Quartiergasse 17, Bern

KONTAKTE SEKTIONEN

Zürich: Samuel Spahn
spahn.s@bluewin.ch
076 512 75 55

Nordwestschweiz:
Florian Buchwalder,
flobass@gmx.ch
079 470 70 48

Deutschschweiz: Ulrike Minkner
u.minkner@uniterre.ch
032 941 29 34

GMO – 20 YEARS OF COMMERCIALISATION

Knowledge Gaps in GMO-Risk Assessments and the Missing Research Agenda in Agroecology

10. November 2016 / Eventforum Bern, Schweiz

Nimm teil am wissenschaftlichen Symposium zu den Themen Gentechnik und Landwirtschaft, welches am 10. November 2016 in Bern stattfindet!

Renommierte Referenten und Podiumsgäste aus der ganzen Welt werden am Symposium anwesend sein, welches von der Schweizer Allianz Gentechfrei und ihren Partnern organisiert wird, um eine vertiefte Diskussion über die **Risiken und den Nutzen des Einsatzes der Biotechnologie in der Landwirtschaft** zu führen.

Auch über das **Vorsorgeprinzip** wird diskutiert. Fördert dieses die Innovation oder ist das Gegenteil der Fall, dass Innovationen dadurch verhindert werden?

Am Nachmittag werden die Themen Innovation, Forschung und **Ernährungssouveränität im Zusammenhang mit der Agroökologie** vertieft behandelt.

Nutze den Tag, um dich in diesen aktuellen Themen zu bilden und bring dich während den Paneldiskussionen mit deinen Fragen ein.

Die Diskussionen können während des Mittagbuffets und den Kaffeepausen – beides in der Anmeldegebühr enthalten – fortgesetzt werden. Studierende profitieren von einem vergünstigten Ticketpreis von Fr. 50.- (anstelle von Fr. 150).

Das Symposium wird hauptsächlich in Englisch gehalten, mit Simultanübersetzungen in Französisch und Deutsch.

Mehr Infos und Anmeldeöglichkeiten unter
www.symposium.gentechfrei.ch

Tickets sind limitiert und werden nach Anmeldeingang berücksichtigt.

Organisiert von **sag STOP OGM** Unterstützt durch **Stiftung Mercator Schweiz**